

SP Kanton Bern - Postfach 2947 - 3001 Bern

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen
Parlamentarische Dienste des Grossen Rates
Postgasse 68
3011 Bern
gr-gc@be.ch



Bern, 16. Februar 2021

VERNEHMLASSUNGSANTWORT

Parlamentarische Initiative: «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen»

Sehr geehrter Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zur Änderung der Parlamentarischen Initiative: «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen». Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) fristgerecht dazu Stellung.

Grundsätzliches

Die SP Kanton Bern befürwortet grundsätzlich die Parlamentarische Initiative «In dubio pro populo». Volksrechte müssen, wenn immer möglich, gestärkt werden. Die SP ist klar der Meinung, dass Missbrauch vorzubeugen ist und verunmöglicht werden soll, wenn Missbrauch erkannt wurde.

Bemerkungen zu den einzelnen Fragen

1. Änderung des geltenden Rechts:

Die SP Kanton Bern unterstützt eine Änderung des geltenden Rechts vollumfänglich. Ein Missbrauchspotenzial wurde erkannt. Das kann und will die SP so nicht stehen lassen. Deshalb ist eine Änderung zwingend nötig. Für die SP Kanton Bern steht ausser Frage, dass das geltende Recht geändert werden muss.

2. Auswahl zwischen den drei Änderungsmöglichkeiten

Parlamentarische Initiative «In dubio pro populo» (Änderung des Artikels 63 der Berner Kantonsverfassung):

Die SP Kanton Bern findet es richtig, dass das so genannte «Buebetrickli» verunmöglicht werden soll. Aus unserer Sicht ist dabei auch eine gewisse Schwächung des Grossen Rates annehmbar. Die Umsetzung der Parlamentarischen Initiative «In dubio pro populo» bietet unserer Ansicht nach, den besten Schutz vor Missbrauch. Entsprechend spricht sich die SP Kanton Bern für diese Variante aus.

«Qualifiziertes Mehr für den Eventualantrag» (Gesetzesstufe):

Mit der Änderung «Qualifiziertes Mehr für den Eventualantrag» könnte das «Buebetrickli» nicht mehr wie bis anhin angewandt werden. Dies begrüsst die SP Kanton Bern. Es ist ausserdem positiv zu werten, dass eine breitere Parteienkoalition erreicht werden müsste. So gäbe es eine echte Alternative zu einem Hauptantrag.

Als Nachteil könnte man die Verwirrung beim Stimmvolk anfügen, weil das Parlament den Eventualantrag mit mehr Stimmen befürwortet als den Hauptantrag. Diese Konstellation ist allerdings bereits beim geltenden Recht vorgekommen.

Die SP Kanton Bern ist der Meinung, dass für die Variante «Qualifiziertes Mehr für den Eventualantrag» kein neues Quorum eingeführt werden sollte, sondern dass an ein bereits existierendes Quorum anzulehnen ist. Das vorgeschlagene Quorum der SAK empfindet die SP Kanton Bern als zu tief. Sie befürwortet ein Quorum analog des obligatorischen Referendums (100 Stimmen der Ratsmitglieder).

Abschaffung Eventualantrag und Volksvorschlag:

Diese Variante kommt für die SP Kanton Bern nicht in Frage. Die Volksrechte dürfen nicht eingeschränkt werden. Mit der Abschaffung dieser beiden Instrumente, würde dies aber passieren.

3. Andere Änderungsmöglichkeiten

Die SP Kanton Bern sieht zurzeit keine anderen Möglichkeiten, den Missstand und somit das Missbrauchspotenzial bezüglich Volksvorschlag und Eventualantrag zu stoppen.

Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit zur Stellungnahme und eine wohlwollende Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Mirjam Veglio
Co-Präsidentin



Ueli Egger
Co-Präsident



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär